

Bayern

# Die Parteien im IG Metall-Check

**LANDTAGSWAHL** Wählen gehen! Am 8. Oktober wird in Bayern ein neuer Landtag gewählt. Wir zeigen, ob und wie die demokratischen Parteien in ihren Programmen die wichtigsten Forderungen der IG Metall erfüllen wollen.

## Sozial-ökologischer Wandel

### Unsere Forderung

Beim Umbau der Industrie erwartet die IG Metall deutlich mehr politische Unterstützung, etwa in Form eines bayerischen Transformationsfonds in Milliardenhöhe und der Unterstützung von regionalen Transformationsnetzwerken. Fördergelder müssen an Kriterien wie verpflichtende Zusagen zur Sicherung von Standorten und Beschäftigung, Tarifbindung sowie Mitbestimmung von Betriebsräten geknüpft werden.

### Das wollen die Parteien

**CSU:** Mit der Hightech-Agenda sollen bis 2027 fünf Milliarden Euro in Forschung und Innovationen investiert werden. Der Schwerpunkt liegt auf Technologien wie Künstlicher Intelligenz (KI), Raumfahrt, Robotik und Quantencomputing. Unsere Branchen und ihre Beschäftigten stehen nicht speziell im Fokus.

**Grüne:** Mit dem Bavarian Green Deal sollen Unternehmen beim Wandel begleitet werden. Mit einem ökologischen Transformationsfonds in Höhe von 300 Millionen Euro sollen nachhaltige Investitionen gestärkt werden. Der Fokus liegt dabei klar auf ökologischen Zielen.

**FW:** Mit der Initiative Arbeit 4.0 sollen Themen wie der Fachkräftemangel angegangen werden. Ein besonderer Blick liegt dabei auf der Erwachsenenbildung. Eine Zukunftsvision für den Industriestandort Bayern soll mit Wirtschaftsverbänden, Kammern, Gewerkschaften, Kommunen und Bildungseinrichtungen erarbeitet werden. Konkrete Fördermaßnahmen aber fehlen.

**SPD:** Beim Wandel der Industrie liegt ein Schwerpunkt auf guter Arbeit und Beschäftigungssicherung. Mit einem Transformationsfonds (Höhe nicht benannt), einer Transformationsagentur zur Koordinierung regionaler Transformationsnetzwerke und einem Innovationsfonds sollen unter anderem Weiterbildung finanziert, Akteure vernetzt und Forschung unterstützt werden. Fördergelder sollen an Kriterien wie Tarifbindung und Standort- sowie Beschäftigungssicherung geknüpft werden.

**FDP:** Auf der Agenda für den Wirtschaftsstandort Bayern stehen Entbürokratisierung, bessere Vernetzung und Flexibilisierung. Im Blick hat die Partei dabei die digitale Transformation, der sozial-ökologische Wandel bleibt außen vor.

## Gute Arbeit und Tarifbindung

### Unsere Forderung

Öffentliche Aufträge und staatliche Förderung sollen künftig nur noch an Unternehmen gehen, die ihre Beschäftigten fair und nach Tarif bezahlen. Dazu braucht es ein bayerisches Tariftreugesetz, ein Faire-Löhne-Gesetz. Das Arbeitszeitgesetz darf nicht ausgehöhlt werden.

### Das wollen die Parteien

**CSU:** Die Stärkung der Tariftreue steht nicht auf der Agenda. Gefordert wird eine Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Statt einer Höchstarbeitszeit pro Tag soll eine Höchstarbeitszeit pro Woche gelten.

**Grüne:** Mit einem Tariftreugesetz will man der Tariffucht begegnen. Bei der Wirtschaftsförderung liegt der Fokus auf Klimaneutralität. Die Rede ist von einer »modernen Arbeitszeitkultur« und »flexiblen Arbeitszeitmodellen«, ohne die konkrete Ausgestaltung zu benennen.

**FW:** Landesaufträge sollen nur an Unternehmen mit Tariflohn gehen. Bei der Arbeitszeitregelung soll EU-Recht voll ausgeschöpft werden. Die EU-Richtlinie schreibt lediglich eine tägliche Ruhezeit von 11 Stunden und eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden vor.

**SPD:** Neben einem Tariftreugesetz steht auch ein Vergabemindestlohn in Höhe von zunächst 15 Euro auf dem Programm, ebenso die Unterstützung von Gewerkschaften bei der Durchsetzung der 30-Stunden-Woche und der Reduzierung der Tageshöchstarbeitszeit.

**FDP:** Öffentliche Ausschreibungen sollen vereinfacht werden, das Arbeitsschutzgesetz flexibilisiert werden. Die in der EU-Richtlinie vorgesehene wöchentliche Höchstarbeitszeit soll die tägliche Höchstarbeitszeit ablösen.

## Mitbestimmung und Weiterbildung

### Unsere Forderung

Der Wandel kann nur gelingen, wenn die Beschäftigten über die Veränderungen mitbestimmen und für neue Tätigkeiten qualifiziert werden. Die IG Metall fordert deshalb eine Qualifizierungsoffensive samt einem Recht auf Weiterbildung durch ein bayerisches Weiterbildungsgesetz. Ebenso wichtig sind Mitbestimmungs- und Initiativrechte bei der betrieblichen Aus- und Weiterbildung, bei Personalplanung und Beschäftigungssicherung.

### Das wollen die Parteien

**CSU:** Eine Stärkung von betrieblicher Mitbestimmung und beruflicher Qualifizierung steht nicht auf der Agenda.

**Grüne:** Vor Ort sollen regionale Bildungsagenturen als zentrale Anlaufstellen staatliche Förderung und Beratung in Bezug auf Weiterbildung sicherstellen. Mit einem Bildungszeitgesetz soll es einen Anspruch auf Bildungsurlaub (zehn Tage alle zwei Jahren) geben. Die betriebliche Mitbestimmung soll moderner und umfangreicher werden, konkrete Maßnahmen dazu werden nicht genannt.

**FW:** Auf Aus- und Weiterbildung, lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung liegt ein großer Fokus, unter anderem soll die Weiterbildung mit einem gesetzlich verankerten Bildungsurlaub gestärkt werden. Betriebliche Mitbestimmung ist im Programm kein Thema.

**SPD:** Auf der Agenda stehen unter anderem ein Recht auf bezahlte Bildungsfreistellung (zehn Tage pro Jahr) und ein Weiterbildungsgesetz für einen Rechtsanspruch auf Freistellung zur beruflichen Weiterbildung. Auch die Stärkung der Mitbestimmung ist Programm: Ein Initiativrecht der Betriebs- und Personalvertretungen für qualifizierte Weiterbildungsmaßnahmen ist ebenso geplant wie ein Bildungsfonds für berufliche Qualifizierung. Bestimmte Fördergelder sollen nur mit Zustimmung des Betriebsrats abrufbar sein.

**FDP:** Berufliche Qualifizierung und Mitbestimmungsgremien in Betrieben finden im Programm keine Erwähnung.



**#noAfD**  
Keine Alternative  
für Beschäftigte

### Die AfD ist ...

... gegen die Interessen der Beschäftigten.

Egal ob Gas- und Strompreisbremse, Energiepauschale, Schutz vor steigenden Mieten oder Verlängerung des Kurzarbeitergeldes – jede Entlastung der abhängig Beschäftigten in der Krise lehnte die AfD ab.

... gegen Arbeitnehmerschutz und Mitbestimmung.

Immer wieder fordert die AfD den Abbau grundlegender Arbeitnehmerrechte und eine »Flexibilisierung des Arbeitsmarktes«. Demokratische Mitbestimmung im Betrieb lehnt sie ab.

... für Steuergeschenke an Superreiche.

Reiche sollen künftig noch weniger Steuern zahlen. Damit fehlt nicht zuletzt Geld für soziale Sicherungssysteme und die öffentliche Daseinsvorsorge.

... gegen eine sichere Rente.

Statt auf eine Stärkung der gesetzlichen Rente setzt die AfD auf private Vorsorge. Außerdem spricht sich die AfD vehement gegen die Grundrente aus, von der vor allem Geringverdienende und Frauen profitieren.

... für ein Familien- und Geschlechterbild von vorgestern.

Die AfD lehnt jede Form der Gleichstellungspolitik ab. Sie steht für eine systematische Zurückdrängung von Frauen aus der Arbeitswelt.

## IG Metall verhindert Schließung von Magna

Die von Magna Mirrors angekündigte Schließung des Standorts Dorfprozelten mit rund 450 Beschäftigten ist vom Tisch. Nach langen und intensiven Verhandlungen haben die IG Metall und das Unternehmen eine Standort-sicherung bis mindestens Ende 2028 vereinbart. Durch neue Technologien und Produkte wird eine Fortführung des Standorts mit mindestens 250 Beschäftigten sichergestellt.

## Prämiertes Engagement: Hans-Böckler-Medaille

Für ihr herausragendes Engagement in der Gewerkschaftsbewegung haben bei der Bezirkskonferenz am 1. Juli Bettina Müller und Gerhard Pfaff (Foto) die Hans-



Foto: IG Metall/Alexander von Sprei

Böckler-Medaille erhalten. Sie ist die höchste Ehrung der Gewerkschaften im DGB für verdiente Mitglieder.

## Verdienstorden für zwei Vollblut-Metaller

Große Ehre für Johann Horn, ehemaliger Bezirksleiter der IG Metall Bayern, und Peter Mosch, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Audi AG: Sie wurden am 5. Juli von Ministerpräsident Markus Söder mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet.

### IG Metall Bayern

Redaktion: Angelika Kahl  
Verantwortlich: Horst Ott  
Anschrift: IG Metall Bezirksleitung Bayern,  
Werinherstr. 79/Gebäude 32a, 81541 München  
Telefon 089/532949-0  
bayern@igmetall.de; bayern.igmetall.de